

BERLINER MORGENPOST

Chefredakteur: Heinz Köster... Verlagsleitung: H.-P. Scherrer... Stellv. Chefred.: Alfred Wilhelm...

Das Verbrechen

St. Der Mordanschlag gegen Rudi Dutschke ist heimtückisch, niederträchtig und abscheulich. Wie immer die Hintergründe dieses gemeinen Verbrechens aufgeklärt werden, es gibt keinerlei Entschuldigung für die Untat.

Die Folgen des Verbrechens sind nicht entfernt abzusehen. Die Schüsse, die Rudi Dutschke niederschickten, trafen Berlin. In den letzten Wochen schien es so, als hätten sich an der Spree die extremistischen Gemüter etwas beruhigt.

Spychalski Präsident

Katholische Abgeordnete wehren Vorwürfe ab

Warschau, 12. April. Die polnische Nationalversammlung bestimmte gestern in Warschau den bisherigen Verteidigungsminister Marschal Marian Spychalski (61) zum Staatspräsidenten.



Marian Spychalski

Spychalski, Generalleutnant Wojciech Jaruzelski (44). Die Spitzenpositionen zweier Wirtschaftsministerien wurden ebenfalls neu besetzt.

Seine Funktion im Staatsrat legte der Abgeordnete der katholischen Znak-Gruppe, Jerzy Zawieyski, nieder. Zawieyski hatte sich zuvor in der Nationalversammlung gegen die Vorwürfe verwehrt, die von der Kommunistischen Partei gegen die Znak-Gruppe erhoben worden waren.

Warum muß es eine Straße sein?

Sind wir wirklich so phantasielos geworden, daß Ehrungen immer wieder nur in Form von Straßennamensetzungen vorgenommen werden?

Berlin einfach nicht für würdig, einer Straße oder einem Platz den Namen des verstorbenen großen Kanzlers der Nachkriegszeit zu geben. Dafür ist Berlin zu engstirnig.

Modellklinik in Gefahr

Durch die geplante Schließung des Krankenhauses Kreuzberg ist auch die in diesem Hause befindliche selbständige Zweite Innere Klinik für natürliche Heilweise (Naturheilverfahren, Physiotherapie) gefährdet.

Leserbriefe

findliche selbständige Zweite Innere Klinik für natürliche Heilweise (Naturheilverfahren, Physiotherapie) gefährdet. Zwar hat der Herr Senator erklärt, daß im neuen Urban-Krankenhaus eine Hydrotherapie vorgesehen und daher auch die Anwendung des Naturheilverfahrens gesichert sei.

Nicht würdig genug. Wäre ich Angehöriger unseres alten ehrwürdigen Altbundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, würde ich es mir sehr verbitten, daß der Name des alten Herrn weiter zum Gespött der Westberliner Bevölkerung wird. Ich halte

Es darf niemals zu dem zynischen Schluß kommen, daß Rudi Dutschke Opfer jener dämonischen Gewalttätigkeit wurde, die in Memphis Martin Luther King und in Vietnam deutsche Ärzte ermordete und von der sich Rudi Dutschke selbst nicht immer überzeugend distanzierte.

Die ersten Reaktionen verheißen leider nichts Gutes. Noch hatten die Ärzte überhaupt nicht festgestellt, welche Verletzungen Dutschke erlitten hatte, noch lebte der SDS-Führer, da verteilte der SDS gestern nachmittag bereits Flugblätter, in denen es hieß, Dutschke sei ermordet worden.

Der Schmerz, den die Freunde Dutschkes empfinden, ist nur allzu berechtigt. Ihre Empörung ist verständlich. Doch sie sollten ihren Freund und Bannerträger nicht unbesonnen zu einem Märtyrer machen, an dessen bitterem Geschick die Fackeln der Gewalt, des Bürgerkriegs, des Chaos und der Verblendung entzündet werden. Dann wäre das Blut Rudi Dutschkes umsonst geflossen.

Ein dauerhafter Friede setze voraus, daß die Kluft zwischen Deutschen und Polen durch gemeinsame Anstrengungen beider Völker geschlossen werde. Die Versöhnung erfordert Erkenntnis und Anerkennung der Verfehlung, Reue und Wiedergutmachung.

Angriffe an, die 1948 gegen den gegenwärtigen KP-Chef Gomulka gerichtet worden waren. Auch der Vorsitzende der Znak-Gruppe, Dt. Stanislaw Stomma, wies die kommunistischen Vorwürfe zurück. Er sagte, wenn es stimme, daß die katholischen Abgeordneten auf der anderen Seite einer Trennungslinie stünden, dann gebe es auch eine ganze Masse von Studenten, die sich ebenfalls auf dieser Seite befänden.

Kreml bläst zum offensiven Kampf

Deutsche Presse-Agentur

Moskau, 12. April. Es sei die Aufgabe aller kommunistischen Parteiorganisationen, einen „offensiven Kampf“ gegen die bürgerliche Ideologie zu führen und Versuche abzuwehren, durch Werke der Literatur und Kunst Ansichten zu äußern, die der sozialistischen Ideologie der Sowjetgesellschaft fremd sind.

Wilson war noch nie so unbeliebt

Springer-Auslands-Dienst/AP/dpa

London, 12. April. Seit dem Lohn- und Preisstopp und seit der Pfundabwertung verliert die britische Labour-Partei in bedrohlichem Maß die Gunst der Wähler. Die konservative Partei könnte in einer Unterhauswahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit 54,5 Prozent, die Labour-Partei dagegen nur mit 30 Prozent der Stimmen rechnen. Das ergab eine Umfrage.



Nicht beirren von den Propagandapartien der SED ließen sich die Teilnehmer der Palmsonntags-Prozession in Heiligensiedel (Thüringen). Am Tage zuvor war über die neue Zonenverfassung abgestimmt worden.

„Ein einseitiges Diktat führt nicht zum Frieden“

Vertriebene zum deutsch-polnischen Verhältnis

Eigener Bericht Berlin, 12. April. „Wie immer die deutsch-polnische Grenze einmal aussehen mag: Sie muß im Interesse beider Völker im beiderseitigen Verstehen und Entgegenkommen gezogen werden. Nur jene Grenze wird eine Friedensgrenze sein können, die von beiden Völkern in freier Entscheidung angenommen wird.“

Als Voraussetzung eines wahren Friedens bezeichnet die Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenverbände Wahrheit und Gerechtigkeit. Das Verschleiern ungelöster Probleme und geschichtlicher Gegensätze zwischen den Völkern sei ebenso fehl am Platz wie ein einseitiges Diktat.

Für Beziehungen zu Bonn

Prag an deutschen Krediten interessiert

Deutsche Presse-Agentur/AP/UPI

Prag/Berlin/Rom, 12. April. In der tschechoslowakischen Gewerkschaftszeitung „Prace“ forderte gestern der Prager Wirtschaftsjournalist Radoslaw Salucky, daß den nichtkommunistischen Parteien des Landes die Möglichkeit gegeben werden müsse, künftig eine positive Rolle zu spielen. Die kommunistische Partei dürfe nicht allein entscheiden, welche Funktion den anderen Parteien zukomme.

SPD: Abscheu und Empörung

(Fortsetzung von Seite 1)

In einer ersten Reaktion auf den Mordanschlag erklärte das geschäftsführende Präsidiumsmitglied der SPD, Alfred Nau, die SPD habe die Nachricht mit Abscheu, Empörung und Erschütterung entgegengenommen. Angesichts dieser schrecklichen Tat verlor er alle politischen Auffassungsunterschiede zwischen dem SDS und Dutschke einerseits und einem großen Teil der politischen Öffentlichkeit andererseits jegliche Bedeutung.

Der CDU-Sprecher Arthur Radtke bezeichnete das Geschehen als ein „bedenkliches Zeichen der Radikalisierung“, der schleunigst Einhalt geboten werden müsse. Obwohl die CDU mit den Gedankengängen Dutschkes und seiner Anhänger durchaus nicht einverstanden sei, so müsse diese „grauenvolle Tat“ auf das tiefste bedauert werden.

Spannung überwinden

Die Berliner Freien Demokraten haben sich mit tiefer Erschütterung zu dem „feigen Mordanschlag“ geäußert. In der Stellungnahme heißt es, Gewalt sei das verabscheuenswürdigste und untauglichste Mittel politischer Auseinandersetzungen. „Es genügt nicht, die selbstverständliche Bestrafung des Täters und gegebenenfalls seiner Hintermänner zu fordern. Es muß endlich dafür gesorgt werden, daß die Ursachen der latenten Spannungen durch politische Überzeugungskraft und demokratisches Verhalten beseitigt werden.“

zu heilen, noch „durch irgendwelche ins Leere geworfene Verzichtes wiedergutmachen“.

Gegenwärtig fehle jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Ein Dialog in Freiheit ist heute leider nicht möglich, da die öffentliche Meinung in Polen von der kommunistischen Partei bestimmt und die polnische Deutschland-Politik von der Sowjetunion gesteuert wird.

Die Vertriebenen plädieren entschieden für die Überwindung des überstiegenen Nationalismus, der eine dauerhafte Friedensordnung unmöglich mache. Bei dem Problem der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgebiete handle es sich nicht allein um eine Annexion, sondern in erster Linie um Fragen der Grund- und Menschenrechte.

In der Zone festgehalten

Eigener Bericht/AP

Berlin, 12. April. Zwei Tage wurde ein 23jähriger Pkw-Fahrer aus der Bundesrepublik von den Zonenbehörden festgehalten. Er hatte am Montag auf der Fahrt nach West-Berlin in der Nähe von Königsstuhl (Niedersachsen) einen Anhalter mitgenommen, der sich dann in der Zone von einem Rasplatz entfernte und spurlos verschwand. Am Kontrollpunkt Babelsberg wurde der Pkw-Fahrer von Grepos festgenommen, weil auf seinem Laufzettel zwei Personen eingetragen waren. Erst nach zwei Tagen durfte er seine Fahrt nach West-Berlin fortsetzen. Über das Schicksal des Anhalters ist nichts bekannt.

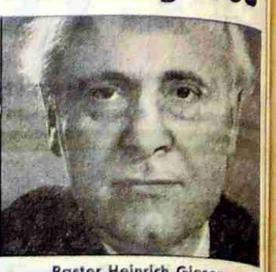
Einem 43jährigen Westberliner verbot Grepos gestern am Kontrollpunkt Babelsberg die Weiterfahrt nach Westdeutschland. Der Zurückgewiesene berichtete, daß er NPD-Mitglied sei.

„Ermordet“ Zu einem Zeitpunkt, als über den Zustand des schwerverletzten SDS-Ideologen nichts Näheres bekannt war, hieß es in einer Stellungnahme des Berliner SDS, Dutschke sei durch den Anschlag „eines aufgehetzten Jugendlichen ermordet worden“.

Der Bundesvorstand des SDS erklärte gestern in Frankfurt/Main: „Wir betrachten diejenigen, die das Attentat auf Dutschke möglich gemacht haben, als die wirklich Schuldigen und werden sie zur Rechenschaft ziehen.“

Der Philosophieverbinder Herbert Marcuse, von dessen neo-marxistischen Ideen Dutschkes Ideologie beeinflusst worden ist, sagte, als er in Kalifornien von dem Attentat hörte: „Man lernt eben schnell. Es breitet sich offenbar aus. Mörder, nicht nur politische Mörder gibt es nicht nur in Deutschland.“

Karfreitag 1968



Pastor Heinrich Giesen

Vom hohen Diskant bis zum tiefen Baß begleitet die Orgel in der Matthäus-Passion die Zeile „von oben an bis unten aus“.

Also keine Angst vor Gott! Nein, keine Angst. Denn Jesus Christus selbst hat am Kreuz gerufen: „Es ist vollbracht!“ Vollbracht ist: Gott hat seine Liebe durchgesetzt zu den Menschen, daß jeder zu ihm Vater sagen darf.

Wir denken darüber nach, was es Gott gekostet hat, uns tatsächlich zu seinen Kindern zu machen. Denn das war gar nicht so einfach. Daß wir Menschen vom Affen abstammen, hat uns vor 80 Jahren ja ziemlich beunruhigt. Aber daß wir Menschen von Sündern abstammen, ist ja das eigentlich Beunruhigende.

De Gaulle darf allein entscheiden

United-Press-International/AP

Paris, 12. April. Nach der Verfassung sei Staatspräsident Charles de Gaulle berechtigt, in kommenden Jahr den endgültigen Austritt Frankreichs aus der NATO zu veranlassen, ohne das Pariser Parlament zu konsultieren. Das teilte der französische Ministerpräsident Georges Pompidou auf eine entsprechende Anfrage mit. Pompidou versicherte, daß er gegenwärtig keine derartigen Absichten bestünde. Außenminister Maurice Couve de Murville sagte, daß Frankreich aller Voraussicht nach auch nach 1969 die Mitgliedschaft in der politischen Organisation der NATO aufrechterhalten werde, sofern keine grundsätzliche Änderung im Ost-West-Verhältnis eintrete.

Belgrad kritisiert den Sperrvertrag

United Press International

Belgrad, 12. April. Die jugoslawische Regierung erhob gestern Einwände gegen den amerikanischen sowjetischen Entwurf für einen Atomsperrvertrag und forderte weitere Bemühungen um eine Verbesserung des Vertragswerkes. Belgrad bemängelte, daß der Entwurf „auf einige bedrohende Fragen noch keine befriedigende Antwort“ gebe. Vor allem müsse sichergestellt werden, daß der Vertrag zu einem Anstoß für die atomare Abrüstung werde. Wünschenswert wäre es, wenn der Vertrag die Ausbildung fremder Streitkräfte an Kernwaffen verbieten und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen vorsehen würde.

Ein Anruf genügt

Wenn Sie gleich morgen (bis 13 Uhr) Gisela anrufen, bekommen Sie noch zum Fest die große Osterausgabe der BERLINER MORGENPOST ins Haus gebracht. Mit einer neuen „Glücksfamilie“ um das „Goldene Portemonnaie“ der BERLINER MORGENPOST, dem neuen Roman und dem Gymnastikkurs „Turnen für Mutter und Kind“. Wählen Sie: 61 08 828 oder 61 08 829

Und die größte Berliner Abonnentenzahlung verschönt Ihnen das Fest mit angenehmer Lektüre! Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: 5,70 DM, auswärts bei Postabrechnung 6,30 DM. Jeweils einschließlich 3% Mehrwertsteuer. Bei unversichertem Austausch kein Anspruch. Gültige Anzeigentarife Nr. 14. Verlag: Redaktion, Anzeigen und Vertrieb: Berliner Morgenpost, Berlin 61, Kochstraße 50. Fernsprecher: 01-83 508 oder 01-84 565. Postfach 9 123.